Lübeck

Masterplan Klimaschutz vorgestellt

[15.03.2023] Bis spätestens zum Jahr 2040 will die Stadt Lübeck treibhausgasneutral werden. Welche Weichen es auf dem Weg dorthin zu stellen gilt, zeigt jetzt ein von der Lübecker Stadtverwaltung fertiggestellter Masterplan Klimaschutz.

Die Lübecker Stadtverwaltung zeigt jetzt in einem Masterplan Klimaschutz (MAKS) auf, welche Weichen die Stadt stellen muss, um ihr im Jahr 2019 formuliertes Ziel zu erreichen: Treibhausgasneutralität bis spätestens zum Jahr 2040. Wie die Stadt mitteilt, kann neben neuen Aktivitäten an viele vorhandene Maßnahmen angeknüpft werden. Im Zuge des im Jahr 2019 festgestellten Klimanotstands habe die Verwaltung bereits zwei Klimaschutzpakete geschnürt. In Folge habe etwa die Erzeugung von Solarstrom im Stadtgebiet Fahrt aufgenommen, die Photovoltaikanlage auf der Deponie Niemark sei dabei ein besonders gelungenes Beispiel. Auch die Ausstattung von Schuldächern mit Solaranlagen sei auf dem Weg: Zurzeit würden die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für 17 Anlagen geschaffen, die Finanzierung sei bereits gesichert – Fördermittel stünden bereit. Mindestens 1,3 Millionen Euro sollen hier investiert werden.
Ebenfalls in der Planung und Umsetzung befinde sich eine weitere Photovoltaik-Freiflächenanlage im Bereich der Ivendorfer Landstraße. Hier solle auf einer circa 3,1 Hektar großen Fläche einer der bisher größten Solarparks in der Lübecker Region entstehen.
Die große Herausforderung der Wärmewende benötige einen konzeptionellen Ansatz: Die Ausschreibung für den Lübecker Wärmeplan sei auf dem Weg. Parallel seien konkrete Projekte im Visier: Ein Beispiel sei die erneuerbare Wärmeversorgung des Rathauses und umliegender Gebäude mittels eines Nahwärmenetzes. Um die städtischen Mitarbeitenden zum Umstieg auf den Umweltverbund zu motivieren, gebe es unter anderem ein Jobticket und Fahrrad-Leasing. Fortschritte und Vorzeigeprojekte im Bereich E-Mobilität und Wasserstoff seien durch die Stadtwerke mobil und die Entsorgungsbetriebe vorangetrieben worden.

Politik ist gefordert

Fest stehe aber schon jetzt: Die Verwaltung allein werde das Ziel der Klimaneutralität für die ganze Stadt nicht erreichen können. Nach Schätzungen des Umweltbundesamts könne die Kommune aus eigener Kraft etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen beeinflussen. Die Stadtverwaltung werde – soweit die Politik zustimmt – ihrer Vorbildwirkung gerecht werden und die zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen.
„Alle politischen Kräfte in Lübeck sind aufgefordert, Einfluss auf die Landes-, Bundes- und Europapolitik zu nehmen, um die politischen Rahmenbedingungen mitzugestalten. Wir wollen als Kommune schneller klimaneutral werden, als es die Vorgaben von EU und Bund derzeit mit Zielen in den Jahren 2050 beziehungsweise 2045 vorgeben“, sagt Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) und ergänzt: „Gleichzeitig muss allen Akteuren bewusst sein, dass die Umsetzung der Maßnahmen auch von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, denn Fachkräftemangel und Schwierigkeiten bei den Lieferketten können auf absehbare Zeit die Umsetzung vieler im Masterplan als prioritär eingestufter Aktivitäten erschweren. Hier müssen wir gemeinsam nach Wegen suchen, um auch diese Herausforderungen zu bewältigen.“

Mehr als 300 Aktivitäten aus neun Handlungsfeldern

Der Masterplan gliedert sich nach Angaben der Stadt Lübeck in einen umfangreichen Bericht, der die Maßnahmen im Zusammenhang erläutert, und in Maßnahmenblätter, die über 300 Aktivitäten aus neun Handlungsfeldern beschreiben. Diese herauszuarbeiten sei ein großer Kraftakt mit vielen Beteiligungsrunden innerhalb und außerhalb der Verwaltung gewesen. Der MAKS sei als Werkzeugkasten zu verstehen, aus dem die Politik sukzessive Aktivitäten beschließen könne. Er sei als lebendes Dokument angelegt, das nach und nach ergänzt beziehungsweise modifiziert werden wird. Je besser es in Zukunft gelinge, den Klimaschutz in alle Bereiche und Gesellschaften zu integrieren, desto mehr Aktivitäten und Pläne würden von dort als neue Bausteine hinzukommen. Der Masterplan enthalte auch Empfehlungen zu etwa 100 Maßnahmen, die prioritär beschlossen werden könnten, insbesondere auch, um das Ziel gegebenenfalls schon vor dem Jahr 2040 zu erreichen.
Lübeck sei als Stadt am Meer in besonderer Weise von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und daher besonders gefordert, um sich und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen. Jetzt nicht zu handeln, würde die Kosten noch um ein Vielfaches in die Höhe treiben. Senator Ludger Hinsen (CDU) betonte jedoch auch: „Klimaschutz macht Spaß und kann gerade auch in einer Stadt mit innovativen Hochschulen und Unternehmen ein wirtschaftliches Erfolgsmodell werden.“

(th)

Stichwörter: Politik, Lübeck, Masterplan Klimaschutz